Unabhängige
Bauernzeitung
Organ des Österr. Unabhängigen Bauernverbandes 67. Jahrgang / Heft 156 • www.ubv.at • September 2026



Dürres Paket

Mit dem beschlossenen Dürrepaket der Bundesregierung stehen viele Landwirte weiterhin mit dem Rücken zur Wand. Die vorgesehenen Maßnahmen decken die teilweise massiven Verluste der von der Dürre besonders betroffenen Betriebe nicht ausreichend ab.

Für die dürregeschädigten Bauern ist die Zeit für politisches Geplänkel und Sprachnachrichten vorbei. Sie brauchen rasche und konkrete Hilfe. Der Unabhängige Bauernverband fordert daher die Landesregierungen und die Agrarlandesräte auf, einen Landes-Hilfsfonds für besonders dürregeschädigte Landwirte einzurichten. Burgenland plant bereits einen solchen Hilfsfonds und setzt somit die Forderung des UBV um. Den Ländern stehen die erforderlichen Wetter- und Niederschlagsdaten zur Verfügung, um die betroffenen Regionen und Betriebe entsprechend zu beurteilen.

Der Landesfonds soll jene Schäden abdecken, die durch die Maßnahmen des Bundes nicht oder nicht ausreichend berücksichtigt werden. Die Unterstützung muss dabei möglichst unbürokratisch und rasch erfolgen – so, wie es auch bei den Hilfsmaßnahmen für die Gemeinden in Oberösterreich umgesetzt wurde. Der UBV appellierte daher an alle im Landtag vertretenen Fraktionen, gemeinsam einen Antrag auf Einrichtung eines solchen Hilfsfonds einzubringen und zu beschließen.

Der UBV lehnt zudem die vom Bund vorgesehene Rückzahlung von Hilfsmaßnahmen in Höhe von 250 Millionen Euro entschieden ab. Eine Unterstützung, die letztlich zurückbezahlt werden muss, kann für die betroffenen Landwirte nicht als echte Hilfe bezeichnet werden. Wie ein echtes Dürre Hilfspaket aussehen könnte, lesen Sie auf den Seiten 2 und 3.



ÖR
Karl Keplinger,
Landes- und
Bundesobmann

Termine:

LK Wahl in Kärnten	UBV NÖ Generalversammlung	LK Wahl in Oberösterreich
25. Oktober 2026	**29. November 2026**	**24. Jänner 2027**

Dürre zeigt Systemversagen

Die Forderung des UBV wegen der Dürre zwei SVS-Beiträge staatlich zu übernehmen, wird als Überförderung kritisiert. Dabei hat sich der Staat jahrzehntelang durch nicht indexangepasste Ausgleichszahlungen und die Konsumenten durch unfaire Erzeugerpreise Milliarden gespart, die dem gesamten Agrarsektor jetzt abgehen. Das Heil wird in einer Dürreversicherung gesehen, die allerdings im Gegensatz zu einer Feuerversicherung bei weitem nicht den Verlust ersetzen kann.
Langfristig helfen nur kostendeckende Erzeugerpreise, eine funktionierende Marktordnung und entsprechender Importschutz, ähnlich wie z.B. bei der Auto- bzw. Stahlindustrie. So können wir Rücklagen schaffen und auch solche Extremjahre überstehen. Wir brauchen keine Almosen, keine weiteren Kredite und keine „gescheiten“ Vorschläge, wie wir produzieren sollen. Diese abgehobene Überheblichkeit mancher Fachleute und politischen Akteure ist für uns Bauern immer schwerer zu ertragen und wird den Niedergang der bäuerlichen Landwirtschaft weiter beschleunigen. Es wird höchste Zeit, Klartext zu sprechen. Wir vom UBV tun es seit Jahren.



LK-Rätin Gudrun Roitner

Dürrehilfe auf Kosten der

Was als Dürrehilfe verkauft wird, ist in weiten Teilen leider keine Hilfe,

Die angekündigten 240 Mio. Euro an Dürrehilfe entpuppen sich als komplettes Desaster. Denn mit Ausnahme der Stundung der Sozialversicherungsbeiträge in Höhe von 140 Mio. Euro wird den Bauern keine zusätzliche Liquidität zur Verfügung gestellt. Und selbst diese Maßnahme ist nur ein Aufschub: Für die jetzt gestundeten SVS-Beiträge müssen die Bauern in den kommenden fünf Jahren insgesamt rund 250 Mio. Euro zurückzahlen. Angesichts des Einkommensdesasters brauchen die Bauern dringend Liquidität. Statt die Betriebe direkt zu stärken, treibt man sie mit Zinszuschüssen zu den Banken. Das löst die Probleme nicht – es führt die Bauern vielmehr tiefer in die Schuldenfalle.

Konkret muss man festhalten:

- **25 Mio. Zinszuschüsse** – das Geld geht zum Kreditgeber (Bank) und ist keine Liquiditätshilfe
- **25 Mio. Euro Stundung - Agrarinvestitionskrediten** – löst kein Problem, man verschiebt es nur
- **50 Mio. Aufstockung der Dürreversicherungsbeiträge** durch den Bund – bringt Bauern nichts
- **Bleiben 140 Mio. gestundete SVS-Beiträge für 2 Monate.** Geld, dass man wie ein Taschenspieler aus den Rücklagen der SVS-Pensionsfonds nimmt, den die Bauern in 5 Jahren wieder auffüllen müssen.

Der UBV lehnt dieses Dürre-Hilfspaket in dieser Form komplett ab.

So muss echte Dürrehilfe aussehen

1) Sofortige Auszahlung der beschlossenen, fixierten Agrargelder im September. Damit hätten die Bauern Geld – sprich Liquidität – und bräuchten dann keine Bank oder Zinszuschüsse.

2) Übernahme der SVS-Beiträge für das 4. Quartal zu 2026 (rund 210 Mio. Euro) sowie für das Quartal 1 zu 2027 (rund 210 Mio. Euro). Das wäre echtes Geld für die Bauern in deren Tasche zum Investieren. Da die Bauern rund um CORONA kaum finanzielle Unterstützung erhalten haben und keine Abgeltung der Inflation bei den öffentlichen Geldern seit 30 Jahren haben, ist das mehr als nur gerechtfertigt, hier ein klares Zeichen zu setzen.

3) Korrektur der Spielregeln am Markt. Die Rahmenbedingungen zum Wirtschaften werden für die Bauern jedes Jahr schlechter – das geht einher mit sinnlosen Auflagen und Bürokratie! Damit haben die Bauern keine Möglichkeiten, Geld zu verdienen!

4) Nein zu Handelsverträgen wie die mit der UKRAINE oder mit den MERCOSUR Staaten. Diese Handelsverträge sind für Konzerninteressen gestrickt und gehen zulasten einer bäuerlichen Landwirtschaft. Damit wurde die vollständige Marktliberalisierung auf dem Rücken der Bauern eingeleitet.
Wettbewerb funktioniert nur dann, wenn für alle die gleichen Spielregeln gelten. Genau das ist hier nicht der Fall. Was den heimischen Bauern mit diesen Handelsverträgen zugemutet wird, ist eine bewusste Demontage des Bauernstandes.
Um es mit einem Vergleich aus dem Sport zu sagen: Wir müssen 100 Meter laufen, während die Konkurrenz aus der Ukraine oder den Mercosur-Staaten nur 60 Meter zurücklegen muss. Gleichzeitig dürfen dort Produktionsmittel eingesetzt werden, die bei uns verboten sind. Und am Ende landet alles nebeneinander im Regal – ohne entsprechende Kennzeichnung und ohne faire Wettbewerbsbedingungen.

Bauern

sondern eine Verschiebung der finanziellen Belastung in die Zukunft.



5) Bezugnehmend auf den Vorwurf, die Landwirtschaft würde wenig zum Bruttoinlandsprodukt beitragen: Ohne Bauern keine erfolgreiche Tourismus- und Freizeitwirtschaft. Denn die Bauern gestalten und pflegen unsere Kulturlandschaft bis heute weitgehend unbezahlt – genau jene Landschaft, die Gäste aus dem In- und Ausland genießen und die ein wesentlicher Teil des touristischen Angebots ist.
Rund zwei Drittel der bäuerlichen Leistungen, die nicht abgegolten werden, kommen unmittelbar der Tourismus- und Freizeitwirtschaft zugute. Daraus ergibt sich eine enorme wirtschaftliche Wertschöpfung, die den Bauern zugerechnet werden muss.
Bei einem von der Tourismus- und Freizeitwirtschaft erwirtschafteten Bruttosozialprodukt von rund 65 Mrd. Euro wären damit mindestens 22 Mrd. Euro wirtschaftlicher Wert den Leistungen der Bauern zuzurechnen.
Diese Zahlen machen deutlich: Der tatsächliche Stellenwert der Bauern für Wirtschaft, Tourismus und Gesellschaft ist wesentlich größer, als es ihre direkte Einkommenssituation vermuten lässt.

6) Woher kann – soll man Dürre Hilfsgelder nehmen? Würden die sogenannten Agrargelder tatsächlich bei den Bauern ankommen und nicht für zahlreiche andere Zwecke verwendet, hätte die Landwirtschaft kein Finanzierungsproblem. Ein großer Teil dieser Mittel fließt jedoch nicht direkt an die bäuerlichen Betriebe, sondern in andere Strukturen und Projekte. Besonders auffällig sind neben den zahlreichen Agrarvereinen und Agrarverwaltungsstrukturen die sogenannten LEADER-Mittel. Für LEADER-Projekte werden über eine GAP-Periode rund 5 Mrd. Euro aufgewendet.

Der UBV fordert: Dieses Geld muss wieder stärker für die Land- und Forstwirtschaft – und damit für die Bauern – eingesetzt werden.
Denn diese Mittel könnten dort eingesetzt werden, wo sie dringend gebraucht werden: etwa für eine unbürokratische und rasch wirksame Dürrehilfe.

Gedanken zur Dürrehilfe

Ich bin eigentlich ernüchtert, dass Regierung und auch Interessenvertretung so überhaupt nicht mit der Situation umgehen können und absolute Ignoranz der Lage und Ideenlosigkeit herrscht.
Seit mindestens einem Monat müsste Fleisch in Interventionslagerung genommen werden, um den Erzeugerpreis vernünftig zu halten und für später, wenn die Schlachtungen ausbleiben, weil die Bestände wieder aufgestockt werden können auch noch die Versorgung aus eigenem Lager sicherzustellen und Überseeimporte nicht getätigt werden müssen – um die Versorgung dann aufrecht zu halten. Gemüse und Obst ist noch ein ganz besonderes Thema: Hier wäre es notwendig die Qualitätsklassenvorgaben zu ändern.
Es denkt kaum jemand an die Abläufe bis in einem Jahr: Jetzt werden als Körnermais vorgesehene Bestände siliert. Der Körnermais fehlt aber im Futtergetreidebereich und treibt die Kraftfutterpreise ab Winter in die Höhe bzw. wird Futtergetreide importiert, egal woher!
Die Finanzhilfen wirken kurzfristig und die Höfe überlegen natürlich, wie sie zurande kommen mit Auswirkungen auf zumindest nächstes Jahr und auch andere Wirtschaftsbereiche: Als erstes wird der Landmaschinenhandel betroffen sein – eine Maschineninvestition kann ich ein bis zwei Jahre hinausschieben. Die eine oder andere bauliche Investition wird auch warten müssen bzw. können. Möglicherweise wird auch beim Handelsdünger gespart werden, weil 2027 doch immer noch weniger Tiere in den Ställen stehen werden. Die Idee Zwischenfrüchte im Herbst zu beernten wird nicht Wahrheit werden – es fehlt ein Monat an Wachstumszeit und sollte jetzt doch etwas keimen, wird wohl die Ernte bestenfalls Mitte Oktober sein können – auf schlecht abgesetztem, hoffentlich feuchtem Boden. Eine unkonventionelle Möglichkeit wäre noch: Wintergetreide jetzt, sobald es von der Bodenfeuchte her sinnvoll ist anzubauen, im Frühjahr noch vor dem Schoßen mähen oder Beweiden und trotzdem wird eine Druschernte nicht allzu gering ausfallen. Wird im Süden Spaniens schon länger praktiziert und auch zuweilen als „Ganzpflanzenheu“ in einem sehr späten Reifestadium gepresst.

Franz Fink, Kilb

Sonderlandtag zwecks Dürre gefordert

Steiermark, Tirol und Niederösterreich haben einen Sonderlandtag zu den Themen Dürre, Landwirtschaft und Lebensmittelsicherheit gefordert. Nachstehend lesen Sie Auszüge aus den Stellungnahmen der Mitglieder der Landesregierung sowie der Obleute der Landtagsklubs.

Landesrat Mag. Sven Hergovich (SPÖ, NÖ)
… Gerade die zunehmenden Auswirkungen von Dürre und anderen Wetterextremen zeigen, dass wir neben kurzfristiger Unterstützung – vor allem strukturelle Maßnahmen brauchen. Das entspricht auch unserem politischen Ansatz beim Klimaschutzgesetz: Klimaschutz und die Anpassung an die Folgen des Klimawandels müssen so gestaltet werden, dass unsere landwirtschaftlichen Betriebe wirtschaftlich eine Zukunft haben. Wir sind daher gerne bereit, die vorgeschlagenen Maßnahmen und Forderungen zu prüfen und diese gegebenenfalls politisch zu unterstützen. Unser Anspruch ist, dort Lösungen voranzubringen, wo sie den Bäuerinnen und Bauern tatsächlich helfen – unabhängig davon, ob dafür ein Sonderlandtag einberufen wird.

Die Landes-Landwirtschaftskammer NÖ schreibt uns dazu
… Entscheidend ist, die niederösterreichische Land- und Forstwirtschaft langfristig widerstandsfähiger gegenüber Trockenheit und Wetterextremen zu machen. Dazu zählen insbesondere das Kompetenzzentrum Bewässerung, die Förderung effizienter Bewässerungstechnologien, klimafitte Sorten, der Klimaanpassungsplan, welchen wir als LK NÖ ständig weiterentwickeln, Maßnahmen zum Wasserrückhalt im Rahmen der Ländlichen Entwicklung sowie die Unterstützung der Mehrgefahrenversicherung.
Die NÖ Landes-Landwirtschaftskammer wird sich weiterhin konsequent für konkrete, finanzierbare und umsetzbare Maßnahmen einsetzen. Gerade in schwierigen Situationen ist es entscheidend, nicht bei öffentlichkeitswirksamen Forderungen stehen zu bleiben, sondern Lösungen zu erarbeiten, die den Betrieben tatsächlich helfen und langfristige Perspektiven schaffen. ...

Landesrätin Eva Prischl (SPÖ, NÖ)
… Die notwendige Anpassung an die Folgen des Klimawandels muss so gestaltet werden, dass unsere landwirtschaftlichen Betriebe langfristig wirtschaftlich tragfähig bleiben und eine gute Zukunftsperspektive haben. …

Klubobmann und Landtagsabgeordneter Mag. Markus Sint (Liste Fritz, Tirol)
… Nach dem Motto „Wer schnell hilft, hilft doppelt“ wäre ein Sonderlandtag sicherlich ein politisches Zeichen, das ich unterstütze. Auch wenn uns die ganz großen Hebel fehlen, aber einen Landeskulturfonds haben wir ja auch im Land.
Ich habe in unserer Runde der Klubobleute gefragt, ob wir es schaffen einen Sonderlandtag zu beantragen, die Euphorie dafür war nicht groß. Wohl auch, weil wir durch den Fristenlauf in der Geschäftsordnung des Landtages einen Sonderlandtag nicht vor Ende August abhalten könnten. Und Ende September haben wir dann den regelmäßigen Landtag.

Klubobfrau Dr. Krismer-Huber (Grüne, NÖ)
… Die LR hat gestern beschlossen: LF3-A-254/039-2026 – 3. Änderung der „Sonderrichtlinie zur Förderung von Versicherungsprämien gegen Schäden an landwirtschaftlichen Kulturen und im Tierbestand“ und Mittelbereitstellung für 2026 im Rahmen dieser Sonderrichtlinie
Kurzbeschreibung: Von der Landesregierung wurde die sinngemäße Anwendung der 3. Änderung der Sonderrichtlinie Versicherungsprämienförderung gegen Schäden an landwirtschaftlichen Kulturen und im Tierbestand auf NÖ beschlossen und für die Auszahlung 2026 ein Betrag in Höhe von € 24.358.420,58 (Zuschuss zur Hagelversicherung) zur Verfügung gestellt. Abstimmungsergebnis: Einstimmigkeit

Klubobmann Ing. Mag. Reinhard Teufel (FPÖ, NÖ)
… Für die notwendigen und rasch umsetzenden Unterstützungsmaßnahmen ist jedoch die Bundesregierung zuständig, die nun gefordert ist, ihrer Verantwortung gegenüber unseren Bauern nachzukommen.

… Da die aktuelle Lage kein weiteres Warten zulässt, haben wir auch eine Sondersitzung des Nationalrates gefordert. Dafür wäre es notwendig gewesen, dass ein Drittel der Mitglieder des Nationalrats einen entsprechenden Antrag unterstützt. …

Klubdirektor Mag. Philipp Gruber (ÖVP, NÖ)
… Nach langen und zähen Verhandlungen wurde ein 240-Millionen-Paket für unsere heimischen Familienbetriebe österreichweit durchgesetzt, die bei den Betrieben schnellstmöglich ankommen muss.
Vor diesem Hintergrund sehen wir derzeit keinen zusätzlichen Mehrwert in der Abhaltung eines Sonderlandtages. Ein solcher beschleunigt die erzielten Maßnahmen nicht.
Entscheidend ist vielmehr eine rasche Umsetzung auf Bundesebene, wenn es um finanzielle Unterstützungen für betroffene Betriebe, Erleichterungen bei der Futtergewinnung oder die Unterstützung bei der Liquidität geht. Das betrifft eine Entlastung bei der Sozialversicherung, vergünstigte Betriebsmittelkredite, mehr finanzieller Spielraum und mehr Vorsorge.
Unabhängig davon wird das Land Niederösterreich seine Möglichkeiten selbstverständlich ausschöpfen, um die bäuerlichen Betriebe bestmöglich zu unterstützen und die Interessen der niederösterreichischen Landwirtschaft gegenüber dem Bund weiterhin mit Nachdruck zu vertreten. …

Landwirtschaft ist auch Landessache

Der UBV Niederösterreich bedankt sich bei der Landesregierung und den Landtagsklubs, dass sie unser Schreiben zur Kenntnis genommen haben.
Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass auch Niederösterreich eine zusätzliche Entschädigung für alle von der Dürre betroffenen Landwirte auszahlt – ähnlich wie im Burgenland. Dabei muss auch jenen geholfen werden, die keine Dürreversicherung abgeschlossen haben. Schließlich wird die Dürreversicherung teilweise aus öffentlichen Mitteln unterstützt.
Auch das Land Niederösterreich sollte und darf sich nicht aus der Verantwortung nehmen, denn Landwirtschaft ist auch Landessache.



Landesobmann
Herbert Hochwallner

UBV Steiermark

Bauern helfen Bauern

Die Dürre stellt viele landwirtschaftliche Betriebe vor große Herausforderungen. Besonders die Versorgung mit leistbarem Futtermittel ist für tierhaltende Betriebe ein zentrales Thema. Der UBV Steiermark unterstützt daher im Rahmen seiner Möglichkeiten mit einer Maisballen-Aktion.
UBV-Bezirkskammerrat Toni Ertl aus Groß Sankt Florian stellt dafür 30 Hektar ursprünglich als Körnermais geplante Fläche zur Verfügung. Gemeinsam mit weiteren Maisflächen konnten rund 2.000 Maisballen beziehungsweise etwa 2.000 Tonnen Futtermittel mobilisiert werden. Bis Ende August wurde der Mais siliert und zu Ballen gepresst werden. Nach einer rund dreiwöchigen Gärphase werden die Ballen an die Betriebe zugestellt. Ein Ballen mit ca. 1000 kg inklusive Silierzusatz und Zustellung kommt auf 115 Euro.
Organisiert wird die Solidaritätsaktion von UBV BKR Toni Ertl gemeinsam mit





UBV LO LKR Rudi Gutjahr und UBV BKR Barbara Kapaun-Lerchbaum. Ziel der Aktion ist es, betroffenen Betrieben leistbares Futtermittel bereitzustellen und ihnen dabei zu helfen, ihre Tierbestände trotz der schwierigen Dürresituation über den Winter zu bringen.

Kontakt:
Landesobmann Rudi Gutjahr
0664 1904890



Wir melken – und verlieren: Der Milchpreis stürzt ab, die Politik schaut zu

Gemolken wird trotzdem – egal, was der Milchpreis macht. Genau darin liegt das Problem. Während Politik und Markt von „Schwankungen“ sprechen, erleben Bäuerinnen und Bauern in Österreich, gerade einen harten Absturz. Der Milchpreis ist in kurzer Zeit deutlich gefallen.

Arbeiten unter dem Selbstkostenpreis

Was viele nicht sehen: Ein Liter Milch kostet in der Produktion oft mehr, als derzeit dafür bezahlt wird. Energie, Futter, Tierarzt, Maschinen, Kredite – alles ist teurer geworden. Nur der Milchpreis nicht. Wer unter dem Selbstkostenpreis arbeitet, lebt von der Substanz. Investitionen werden aufgeschoben. Junge überlegen sich zweimal, ob sie den Hof übernehmen. So beginnt das Höfesterben – leise, aber unaufhaltsam.

Der Handel diktiert, die Politik duckt sich weg

Der Lebensmitteleinzelhandel macht Rekordumsätze, die Regale sind voll, Milch wird als Lockartikel verramscht. Doch wenn der Bauernpreis fällt, heißt es aus der Politik: „Der Markt regelt das.“ Tut er aber nicht. Er regelt gegen die Bauern. Es fehlt an klaren Regeln gegenüber Handel und Molkereien. Es fehlt an Mindeststandards für faire Erzeugerpreise. Und es fehlt vor allem der politische Wille, sich mit mächtigen Konzernen anzulegen.

Hohe Standards, niedrige Preise – ein politischer Widerspruch

Die Politik fordert Tierwohl, Umweltauflagen, gentechnikfreie Fütterung, Klimaschutz. All das leisten die Bauern – täglich. Doch wenn es ums Bezahlen geht, wird Verantwortung abgeschoben. Qualität wird eingefordert, aber nicht abgegolten. Wer immer neue Auflagen beschließt, muss auch dafür sorgen, dass diese wirtschaftlich tragbar sind. Alles andere ist unehrlich.

Wie lange noch?

Wenn Politik weiter zuschaut, verliert Österreich nicht nur Milchbauern, sondern Versorgungssicherheit, regionale Wertschöpfung und Vertrauen. Denn eines ist klar: Milch wächst nicht im Regal. Und Bauern arbeiten nicht ewig zum Schleuderpreis.



LK-Rat Alfred Enthofer, Landesobmann Tirol

Gewässerpflege Inn

In historischen Luftaufnahmen aus den 1950er- und 1960er-Jahren sind entlang des Inns umfangreiche Bauwerke zur Flussregulierung zu erkennen. Diese wurden mit öffentlichen Mitteln errichtet, um die Strömung zu verlangsamen, Ufererosion zu verhindern und Rückhalteräume für Hochwasser zu schaffen.
Heute zeigt ein Vergleich mit aktuellen Luftbildern, dass die damals geschaffenen Rückhalteräume über Jahrzehnte nicht gepflegt und freigehalten wurden. Dabei könnten diese Flächen auch heute noch eine wichtige Rolle im Hochwasserschutz spielen, indem sie Wasser zurückhalten und Hochwasserwellen abschwächen.
Stattdessen sollen wertvolle landwirtschaftliche Flächen als neue Rückhalteräume genutzt werden, obwohl bereits vorhandene Anlagen vernachlässigt wurden. Diese Rückhalteräume könnten aber auch für die Zukunft eine wesentliche Rolle zur Flussregulierung und insbesondere zum Hochwasserschutz beitragen. Bei Freihaltung dieser Rückhalteräume ist ein Effekt auf eine Hochwasserwelle zu erwarten, da bei ordnungsgemäßer Freihaltung der Rückhalteräume und Erhaltung der Einbauten nicht nur Retentionsraum geschaffen wird, sondern auch eine Hochwasserwelle gebrochen und damit die Abflussgeschwindigkeit vermindert werden kann.

Antrag eingereicht

Bei der Vollversammlung der Landwirtschaftskammer Tirol am 11. Mai 2026 stellte der Unabhängige Bauernverband dazu folgenden Antrag: Die Vollversammlung der LK Tirol möge sich mit vorliegender Sache befassen und das öffentliche Wassergut ausdrücklich dazu auffordern, die bestehenden, mit öffentlichen Geldern geschaffenen wasserbaulichen Einbauten und Rückhalteräume in Tirol ordnungsgemäß zu räumen, zu sichern und zu warten, um den ursächlichen Zweck dieser Wasserbaumaßnahmen auch für die Zukunft gewährleisten zu können.
Dieser Antrag wird nun einen einem Ausschuss behandelt.



BBK-Rat Martin Gang, Kufstein

Eine starke Stimme für unsere Bauern

Unsere Landwirtschaft braucht keine parteipolitischen Vorgaben. Sie braucht eine **unabhängige und wirtschaftlich handelnde Berufsvertretung,** die klare Entscheidungen trifft und die Interessen der Bäuerinnen und Bauern konsequent vertritt.
Die Realität auf unseren Höfen ist eindeutig: Die Kosten steigen, die Produktpreise schwanken und die Ausgleichszahlungen verlieren durch die Inflation an Wert. Wir fordern deshalb eine **Verdoppelung der AMA-Zahlungen** um zusätzliche 1,7 Milliarden Euro.

Pflichtschulungen und immer neue Vorgaben in Programmen wie ÖPUL und UBB dürfen nicht zum Selbstzweck werden. **Bürokratie und Förderprogramme** dürfen nicht zum Beschäftigungs- und Finanzierungssystem für die Verwaltung werden. Die Kammer kassiert in etwa 170.000 Euro an Pflichtschulungsbeiträgen.

Beim **Wolf und beim Rotwild** braucht es endlich Taten statt jahrelanger Diskussionen. Kärnten ist Siedlungsraum, Tourismusland und Weidegebiet. Wir brauchen wolfsfreie Zonen, funktionierende Entnahmeregelungen und wirksame Maßnahmen gegen Wildschäden. Auch die **Tierkörperentsorgungsbeiträge** müssen abgeschafft werden.

Die Belastung der Doppelversicherung für Nebenerwerbsbauern lässt sich durch nichts rechtfertigen. Das Einheitswertsystem muss reformiert und mit den SV-Beiträgen neu gedacht werden. Unsere Forderung: **Keine SVS-Pflicht bis 10.000 Euro Einheitswert.**

Bei Errichtung von Stromleitungen oder anderen öffentlichen Projekten (Straßen etc.) ist bei Grundinanspruchnahme (Enteignung) laut OGH **die Wertminderung der gesamten Parzelle** festzustellen und zu entschädigen!

Wir wollen keine Berufsvertretung, die Bauern verwaltet.
Wir wollen eine Berufsvertretung, die Bauern vertritt.
Unabhängig. Fachlich. Durchsetzungsstark.
Für unsere Höfe. Für unsere Familien. Für die Zukunft der Landwirtschaft.

ÖSTERR. UNABHÄNGIGER UBV BAUERNVERBAND

Kandidaten LK-Wahl Kärnten



Heimo Urbas
Eisentratten



Hermann Eberhard
St. Urban



Manuela Pucher
Spittal an der Drau



Peter Suntinger
Großkirchheim

Georg Niederbichler, Gnesau
Hermann Wuggenig, Berg im Drautal
Gerald Nau, St. Urban

Walter Mitter, Patergassen
Hubert Untermoser, Feldkirchen
Oswald Hohenberger, Fresach

Unsere Anträge



UBV Tirol
VV der LK Tirol am 11. Mai 2026

Antrag 1
Volle **Inflationsabgeltung** – rückwirkend für alle Leistungszahlungen (Bedingt durch eine Inflation von 100 % seit dem EU-Beitritt sind die Ausgleichszahlungen in der Kaufkraft nichts mehr wert.)
in den Ausschuss verwiesen

Antrag 2
Anhebung der Mehrwertsteuer auf 20 % bei allen Erzeugnissen der Land- und Forstwirtschaft
abgelehnt

Antrag 3
Leistungsabgeltung NEU für die Bauern mit einem **Sockelbetrag** in der Höhe von 30.000 Euro im Jahr ab 20 ha. Gedeckelt mit 100 ha.
in den Ausschuss verwiesen

Antrag 4
Anpassung aller öffentlichen Zahlungen an die Erhöhung der SVS 2026
in den Ausschuss verwiesen

Antrag 5
Arbeitslosenbezug für Nebenerwerbslandwirte
abgelehnt

Antrag 6
Frist **Haltungsstufen für Milchkuhhalter** verlängern
abgelehnt

Antrag 7
Agrarstrom nach Vorbild des Industriestroms
in den Ausschuss verwiesen

Antrag 8
CO_2-Steuer den Landwirten rückerstatten.
abgelehnt

Antrag 9
Zulassung der **Gülleverdünnung mit Wasser 1:1** als Alternative im Mehrfachantrag zur Zielerreichung der Nitratrichtlinie
abgelehnt

Antrag 10
Gewässerpflege Inn siehe Artikel auf Seite 7
in den Ausschuss verwiesen



UBV Salzburg
VV der LK Salzburg am 29. Mai 2026

Dringlichkeitsantrag:
Kontrollen in Ländern aus denen importiert wird
Antrag angenommen

Antrag 1
Für das Lenken von Hoftracs ist ein **Staplerführerschein** erforderlich – Ausbildung im Rahmen des Führerscheins der Klasse F
in Fachausschuss verwiesen

Antrag 2
Milchpreis braucht Österreichbonus – Modell für einen fairen Milchpreis für kleinstrukturierte Betriebe
in Fachausschuss verwiesen

Antrag 3
Natur-Wiederherstellung – Gemeinsam mit Bauern, NGOs, Bioverbänden und weiteren relevanten Organisationen einen Plan erarbeiten, welche wichtigen Maßnahmen im Rahmen der Renaturierung in Salzburg umgesetzt werden sollen.
in Fachausschuss verwiesen

Antrag 4
Privatzimmervermietung – es braucht eine gesetzliche Verankerung einer zeitgemäßen Privatzimmervermietung, die den Besonderheiten des ländlichen Raums Rechnung trägt.
in Fachausschuss verwiesen



UBV Oberösterreich
VV der LK OÖ am 25. Juni 2026

Antrag 1
LEADER-Projekte, die nicht der Landwirtschaft dienen, nicht mehr aus dem Agrarbudget finanzieren.
Abgelehnt von BB, Grüne, FPÖ und SPÖ

Antrag 2
Pensionsantritt künftig an **45 Versicherungsjahre** knüpfen. Siehe Artikel auf Seite 11.
Abgelehnt von BB, Grüne, FPÖ und SPÖ

Antrag 3
Den Grundeigentümern alle im Zuge von Renaturierungsmaßnahmen entstehenden Kosten und wirtschaftlichen Nachteilen vollständig ersetzen. Dazu zählen insbesondere Bodenwertminderung, sämtliche Arbeitsleistungen, der erforderliche Materialeinsatz sowie künftig anfallende Pflege- und Erhaltungskosten. Die Finanzierung von Renaturierungsmaßnahmen darf nicht zulasten des Agrarbudgets erfolgen. Darüber hinaus sind **Grundeigentümer und Bewirtschafter bei der Neufestlegung und Einstufung von Lebensraumtypen verpflichtend einzubinden,** wie dies im EU-Recht vorgesehen ist.
Abgelehnt von BB, SPÖ und FPÖ

Antrag 4
Mineralölsteuer sowie CO_2-Abgabe auf Agrardiesel abschaffen.
Abgelehnt von BB, SPÖ und Grüne

Antrag 5
Die **CO_2-Steuer z.B. auf Dünger zu**

100 % den Landwirten rückerstatten.
Abgelehnt von BB, SPÖ und Grüne



UBV Niederösterreich
VV der LK NÖ am
6. Juli 2026

Antrag 1
Förderung von **Wassersammelbecken**

Antrag 2
Frühere Auszahlung der Einheitlichen Betriebsprämie und der ÖPUL-Prämien

Antrag 3
Verbot von Patenten auf Pflanzen und Saatgut in Österreich

Antrag 4
LEADER-Projekte, die nicht der Landwirtschaft dienen, nicht aus dem Agrarbudget finanzieren

Antrag 5
Renaturierungsmaßnahmen, es müssen alle Kosten auch die Bodenwertminderung bezahlt werden

Antrag 6
Pensionsreform, anstatt das gesetzliche Pensionsantrittsalter nach oben zu korrigieren, müssen die Versicherungszeiten erhöht werden

Antrag 7
Basisleistungen der LK müssen kostenfrei bleiben. Sonderleistungen müssen günstiger angeboten werden als dieselben Leistungen von privaten Anbietern verrechnet werden.

Antrag 8
Bekanntgabe von **Untersuchungsergebnissen** an Höfe und Verarbeiter

Antrag 9
Einberufung eines erweiterten **Pflanzenbauausschusses** der LLWK NÖ

Antrag 10
Umfassende Transparenz und Risikobewertung von **Geoengineering** (Climate Engineering) in Österreich zum Schutz von Land- und Forstwirtschaft

Antrag 11
Strukturell falsche Ergebnisermittlung durch den **Grünen Bericht** – Forderung nach Reform der Datenerfassung zur realistischen Abbildung der wirtschaftlichen Lage

Antrag 12
Sicherstellung der **Unabhängigkeit land- und forstwirtschaftlicher Amtssachverständiger** sowie Vermeidung von Interessenkonflikten im Jagd- und Forstbereich

Antrag 13
Sofortiger Import-Stopp für Getreide, Fleisch, Kartoffeln, Ölsaaten und Milch sowie Milchpulver, Molke etc., die unter in Österreich verbotenen Bedingungen produziert wurden.

Antrag 14
Biodiversitätsflächen auf Acker sollen 2026 uneingeschränkt genutzt werden können

Antrag 15
Da es neue **Freihandels- und Zollabkommen** mit der Ukraine, Mercosur und anderen gibt, müssen die Rahmenbedingungen (Gesetze und Verordnungen) angepasst werden.

Antrag 16
Erhaltungsfähige Gebäude im Grünland müssen erhalten werden können, auch wenn sie nicht als „erhaltenswert“ ausgewiesen sind

Alle 16 Anträge vom BB abgelehnt.



UBV STMK
VV der LK STMK
am 3. Juli 2026

Antrag 1
Es braucht eine **GAP für die Alpenregionen** – eine zweite GAP

Antrag 2
Landwirtschaftsstrategie Österreich – Vorbild Industriestrategie

Antrag 3
Agrardiesel & Agrarstrom für die Landwirtschaft

Antrag 4
Mehrwertsteuersenkung – die Übernahme aller Kosten für die Adaptierung von Registrierkassen. Allfällige Umstellungsprobleme dürfen für die Bauern keine Kosten verursachen.

Antrag 5
Wassernutzungsrecht für die Erzeugung von Lebensmittel

Antrag 6
Förderung von Wasserzisternen & Nutzung von Hochwasserbauten

Antrag 7
Abschaffung der **doppelten Krankenversicherung** für Nebenerwerb

Die Anträge der jeweiligen Bundesländer sind in voller Länge auf ***www.ubv.at*** *anzulesen.*

Das Wichtigste im Leben ist Unabhängigkeit

Deshalb UBV

office@ubv.at
www.ubv.at

Aktuelles aus dem Landesverband OÖ



Martin Detzlhofer aus St. Georgen bei Obernberg, seit 2001 Geschäftsführer des Vereins der Milchproduzenten (VDMP), wurde für sein langjähriges und engagiertes Wirken im Interesse der bäuerlichen Landwirtschaft mit dem **Hans Kudlich Award** ausgezeichnet.



Von 1991 bis 1998 war **Augustin Steyrl aus Lanzerstorf bei Rohrbach** als LK-Rat und in vielen Fachausschüssen der LK vertreten. Weiters wirkte er 15 Jahre lang als Ortsbauernobmann, drei Jahrzehnte in der Gemeindepolitik und davon einige Zeit als Stadtrat.



Anton Stummer aus Hellmonsödt setzte sich über viele Jahre hinweg mit großem Einsatz für die Bauern in der Region ein. Der 1935 geborene scheute es nie klare Positionen zu beziehen – unter anderem machte er sich auch gegen den Bau einer Gasleitung stark.



Der innovative Landwirt **Josef Pree aus Kefermarkt** errichtete bereits 1988 eine Biogasanlage und engagierte sich jahrzehntelang für die Interessen der Bauern – als UBV-Bezirkskammerrat, in der Bergbauernvereinigung und bei der Einkaufsgemeinschaft LIC.



Josef Kasinger aus Burgkirchen wurde für seine langjährige Mitgliedschaft geehrt. Der 1937 geborene Landwirt führte gemeinsam mit seiner Gattin einen Rinder- und Schweinebetrieb, bevor sie 1975 mit Obstbau begannen. Heute werden auch Kartoffeln und Zwiebeln kultiviert.



Wieder ein voller Erfolg war das mittlerweile **5. Hoffest** der Familie Mair in Sigharting. Zahlreiche Gäste aus nah und fern ließen sich bei traumhaftem Wetter vom engagierten Team (Bild) mit regionalen Köstlichkeiten verwöhnen.

Nominierung fachkundiger Laienrichter

Die Bestellung der fachkundigen Laienrichter der Berufsgruppe 3 für das Arbeits- und Sozialgericht in Oberösterreich erfolgte über Jahre hinweg nicht entsprechend dem gesetzlich vorgesehenen Verhältniswahlrecht. Eine mündliche Anfrage im Hauptausschuss am 8. April 2026 sowie eine schriftliche Anfrage vom 13. April 2026 zur Bestellung der Laienrichter brachten die unterschiedlichen Vorgehensweisen bei deren Bestellung zutage. Während die Bestellung im Jahr 2001 – laut Protokoll – durch die Vollversammlung beschlossen wurde, erfolgte sie in den darauffolgenden Jahren durch den Hauptausschuss. Seit der UBV auch im Hauptausschuss vertreten ist, wurden die Laienrichter schließlich durch das Präsidium und die Rechtsabteilung der Landwirtschaftskammer bestellt.

Korrektur behördlich angeordnet

Dieser Missstand musste nun aufgrund einer behördlichen Anordnung korrigiert werden. In der Vollversammlung im Juni 2026 wurden daher acht Laienrichter des UBV für die verbleibende Dauer der laufenden Periode sowie für die nächste Periode vom 1. Jänner 2027 bis 31. Dezember 2031 gewählt. Die Wahl erfolgte im Rahmen einer Fraktionsabstimmung. Der Bauernbund stellt künftig 40 Laienrichter. Vertreter von SPÖ und FPÖ bedankten sich dafür, dass sie in der Vergangenheit Laienrichter nominieren konnten, was aufgrund der künftigen Anwendung des Verhältniswahlrechts nicht mehr möglich sein wird.
In Zusammenhang mit der bisherigen Vorgangsweise ermittelt die Staatsanwaltschaft mittlerweile wegen des Verdachts auf Amtsmissbrauch.

Was ist ein Laienrichter?

Fachkundige Laienrichter tragen zu einer praxisnahen und ausgewogenen Rechtsprechung im Arbeits- und Sozialrecht bei. Sie bringen ihre Berufserfahrung in Gerichtsverfahren ein und entscheiden gemeinsam mit Berufsrichtern über arbeits- und sozialrechtliche Streitfälle. Das Ehrenamt ist Teil der allgemeinen Bürgerpflicht in Österreich.

Seitens des UBV wurden folgende Laienrichter gewählt:

Landesgericht Linz:
Herbert Pühringer, Sarleinsbach
Landesgericht Wels:
Andreas Tremmel, Regau
Tobias Wagner, Buchkirchen
Landesgericht Steyr:
Bettina Schaumberger, Vorchdorf
Erwin Brandstetter, Ternberg
Landesgericht Ried:
Bettina Wagneder, Taiskirchen
Susanne Wimmesberger, Pram
Oberlandesgericht Linz:
ÖR Hannes Winklehner, Kefermarkt

Pensionsantritt
an Versicherungsjahre knüpfen

ORF Sendung „Hohes Haus“ zufolge fordert ÖVP-Finanzsprecher Andreas Ottenschläger, dass sich das Pensionssystem künftig stärker an den Versicherungsjahren orientieren müsse als am Pensionsantrittsalter. Das sei ein Aspekt, um die Pensionsversicherung „zukunftsfitter“ zu machen. Genau diese Forderung hat der UBV bereits Ende Juni in der Vollversammlung der LK OÖ eingebracht. ÖVP Bauernbund, SPÖ, Grüne und FP-Bauern lehnten den Antrag jedoch ab. Umso verwunderlicher ist es, dass nur wenige Tage später ausgerechnet von ÖVP-Seite dieselbe Maßnahme als Beitrag zur Entlastung des Pensionssystems gefordert wird.

36 versus 45 Versicherungsjahre

Landwirte leisten bereits rund 45 Versicherungsjahre, bevor sie in Pension gehen, und beziehen dabei im Durchschnitt weniger als 1.300 Euro Pension. Österreichweit liegen die durchschnittlichen Versicherungs- bzw. Beitragsjahre aller Pensionisten hingegen bei rund 36 Jahren. Daher fordert der UBV, dass die Bundesregierung Maßnahmen setzt, die zu einer Erhöhung der durchschnittlichen Versicherungs- bzw. Beitragsjahre führen, anstatt das gesetzliche Pensionsantrittsalter anzuheben – genauso wie es ÖVP-Finanzsprecher Andreas Ottenschläger vorschlägt.

TGD – Verständlicher Unmut kurz erklärt

2026 führt der Tiergesundheitsdienst OÖ verpflichtende Beiträge für Landwirte und Tierärzte ein. Grund sind sinkende öffentliche Mittel. Die Finanzierung soll breiter abgesichert werden. Tierhalter zahlen je nach Betriebsgröße, Tierärzte leisten ebenfalls gestaffelte Beiträge, bei jährlicher Erhöhung. Ziel ist, Leistungen wie Beratung und Diagnostik langfristig zu sichern. Die Einführung des TGD-OÖ erfolgte über Gremien der Interessenvertretungen ohne offene Debatten mit der Basis. Diese Gremien müssten auch einen finanziellen Beitrag leisten und nicht nur fordern. Ein geschichtlicher Vergleich zeigt ein bekanntes Spannungsfeld: Bei der Boston Tea Party 1773 protestierten Kolonisten gegen Steuern ohne Mitsprache. Auch heute stellen immer noch neue Abgaben die Frage nach Transparenz und Beteiligung. Da jetzt ein Geschäftsführerwechsel ansteht, wäre es eine Chance und Möglichkeit im TGD zur Veränderung und Verbesserung im Sinne der Tierhalter. Prinzip: „Keine Beiträge ohne Mitsprache“

LK-Rat Wolfgang Werner Neubacher-Kremeier

Andalusien – Land der Sonne

Unsere diesjährige Studienreise führte uns nach Andalusien, in den Süden Spaniens. Nach einer langen Regenperiode durften wir vom 17. bis 21. Februar 2026 die erste Schönwetterwoche erleben. Besonders beeindruckt haben uns die Weite des Landes, die grüne, hügelige Landschaft, die vielfältige Kultur sowie die außergewöhnliche Gastfreundschaft.

In **Málaga** besuchten wir das seit vier Generationen geführte Familienweingut Bodegas Málaga Virgen. Die Region ist für ihre hervorragenden Weine bekannt, die wir gemeinsam mit lokalen Tapas – kleinen spanischen Appetithäppchen, die traditionell zu Wein oder Bier serviert werden – verkosten durften.
Weiter ging es nach **Granada,** eine pulsierende Stadt am Fuße der Sierra Nevada, die für ihre reiche Geschichte und beeindruckende Architektur bekannt ist. Dort besichtigten wir die im 13. Jahrhundert erbaute Alhambra, ein bedeutendes Beispiel für das Zusammenspiel christlicher und muslimischer Einflüsse in der maurischen Architektur und Kunst. Besonders beeindruckend waren die wunderschön angelegten Gärten sowie der atemberaubende Ausblick auf Granada.

Rund 60 % des weltweiten Olivenölbedarfs werden in Spanien produziert – daher durfte die Besichtigung einer **Olivenölpresse** auf unserer Reise nicht fehlen. Auf der **Finca La Torre** wird ein jahrtausendealtes Erbe mit modernster Innovation verbunden. Auf den 300 Hektar großen Plantagen stehen noch heute Olivenbäume, die beinahe 200 Jahre alt sind.

Nach der Ernte werden die Oliven sorgfältig gereinigt sowie von Stielen und Blättern befreit. Um höchste Reinheit und beste Qualität zu gewährleisten, erfolgt die Verarbeitung ausschließlich durch Kaltpressung. Neben klassischem Olivenöl werden auch Varianten mit Zitronen- oder Orangenaroma hergestellt. Der Demeter-zertifizierte Betrieb zählt zu den besten Olivenölproduzenten der Region und wird jährlich mit zahlreichen Auszeichnungen geehrt.



Teile Andalusiens sind von kleinstrukturierter, hügeliger Landwirtschaft geprägt. Olivenbäume findet man überall.

Der Stierkampf, bekannt als „Corrida de Toros“, zählt zu den ältesten und zugleich umstrittensten Traditionen Spaniens. In **Ronda** besuchten wir eine der ältesten und ehrwürdigsten Stierkampfarenen des Landes. Die aus Sandstein errichtete Arena bietet Platz für rund 5.000 Besucher. Im angeschlossenen Museum erhielten wir spannende Einblicke in die jahrhundertealte Geschichte des Stierkampfs, bewunderten zahlreiche Gemälde sowie originale Kostüme berühmter Matadore.

Die Stadt Ronda thront eindrucksvoll auf einem mächtigen Felsplateau. Über Jahrtausende hinweg hat der Fluss Guadalevín die spektakuläre Schlucht Tajo de Ronda geformt, die mit einer Tiefe von über 100 Metern die Altstadt von der Neustadt trennt.
Die charakteristischen weißen Fassaden der Häuser verdanken ihre Farbe dem Kalk, mit dem sie traditionell gestrichen wurden. Dieser diente ursprünglich nicht nur der Verschönerung, sondern auch der Desinfektion.
Nach einem kurzen Fußmarsch erreichten wir die Käserei des Familienunternehmens El Pastor del Valle. Dort werden täglich zwischen 700 und 1.000 Liter Ziegenmilch zu Weich- und Hartkäse sowie zu Joghurt verarbeitet. Die hervorragende Qualität der Produkte, für die der Betrieb bereits zahlreiche Auszeichnungen erhalten hat, konnten wir bei der Verkostung eindrucksvoll selbst erleben.

Ein weiterer Programmpunkt unserer Reise war die Besichtigung einer Schinkenmanufaktur im Umland von Córdoba. Das Iberico-Schwein hat in Spanien eine lange Tradition und ist ein bedeutender Bestandteil der spanischen Esskultur.
Die schwarzen Schweine ernähren sich während der Mastzeit nicht nur von Blumen und Wildkräutern auf den



Die Payoya-Ziege ist eine gefährdete, andalusische Rasse, die perfekt an raue und wechselhafte Bedingungen angepasst ist.



Ronda, die weiße Stadt in den Bergen in der Provinz Málaga befindet sich mitten auf zwei Felsplateaus.

Weiden, sondern vor allem von den Eicheln der Stein- und Korkeichen in den lichten mediterranen Wäldern, den sogenannten Dehesas. Diese besondere Haltung und Fütterung verleihen dem luftgetrockneten Schinken, dem weltberühmten Jamón Ibérico de Bellota, seinen unverwechselbar intensiven Geschmack.
Bei einer anschließenden Verkostung konnten wir die hohe Qualität des Schinkens genießen und dabei die außergewöhnliche Gastfreundschaft unserer Gastgeber erleben.
Den letzten Tag unserer wunderbaren Reise verbrachten wir in **Sevilla,** der Hauptstadt Andalusiens mit knapp 700.000 Einwohner. Bei der Rundfahrt und beim Rundgang durch die größte Altstadt Spaniens gewannen wir einen eindrucksvollen Einblick in diese lebendige und geschichtsträchtige Stadt, die für ihre atemberaubende Architektur, ihre reiche Kultur sowie ihre traditionsreiche Flamenco-Musik und -Tanzkunst bekannt ist.

Die **Landwirtschaft** in Andalusien ist ein bedeutender Wirtschaftsfaktor. Soweit das Auge reicht, erstrecken sich Olivenhaine, Weingärten sowie Orangen- und Mandelplantagen. Auch tropische Früchte wie Avocados und Mangos gedeihen hier, ihre Kultivierung wird jedoch aufgrund des hohen Wasserbedarfs zunehmend zu einer Herausforderung. Auch in Spanien werden Obst und Gemüse importiert, was den Preis für heimische Produkte zusätzlich unter Druck setzt. So erhalten die Landwirte für ein Kilogramm Zitronen lediglich drei Cent.

Historischer Überblick

Andalusien war im Mittelalter ein Zentrum des Islam, als die Mauren die Region beherrschten. Diese Zeit hinterließ bedeutende kulturelle und architektonische Spuren, wie die Mezquita in Córdoba und die Alhambra in Granada. Während der muslimischen Herrschaft lebten Muslime, Christen und Juden nebeneinander.

Nach der Rückeroberung im 15. Jahrhundert wurde Andalusien wieder unter christliche Herrschaft gebracht. Der römisch-katholische Glaube wurde zur prägenden Religion und beeinflusste Kultur, Architektur und gesellschaftlichen Strukturen der Region. Bedeutende Bauwerke wie die Kathedrale von Sevilla zeugen von dieser Epoche.



Beeindruckt zeigten sich die 40 Reiseteilnehmer von der Landschaft, der spanischen Kultur, der Gastfreundschaft und der hervorragenden Organisation.

Lernen von den Besten!



Am Bild von links: Futura Geschäftsführer Manfred Hohensinner, Unternehmer Josef Kaltenegger, Alfred Haiger, Georg Maier, UBV Landesobmann Rudi Gutjahr und Johann Schwarzenhofer vor der FRUTURA Firmenzentrale in Hartl.

Zu Gast bei FRUTURA, dem größten Obst- und Gemüsehändler Österreichs. Drei ehemalige Rinderbauern Manfred Hohensinner, Hans Schwarzenhofer und Franz Städtler haben rund um 1997 mit dem Trocknen von Dörrobst begonnen. Man entschied sich damals dazu, anstelle von neuen Rinderstallungen eine neue Obst-Dörranlage zu bauen.
Kürzlich hatte eine Abordnung des UBV Landesverbandes Steiermark ein spannendes Gespräch mit den FRUTURA Freunden über Märkte, Marken, Fallen und Tricks sowie über Chancen, Perspektiven und neuen Chancen für die Erzeugung und den Vertrieb von regionalen Lebensmitteln im internationalen Konzert. Die FRUTURA und ihre Eigentümer mit ihren tollen Mitarbeitern sind echte Vorbilder.

Neue Strom-Netzgebühren kommen

Ab 2027 werden die Netzkosten stärker davon abhängen, wie viel Leistung (kW) gleichzeitig aus dem Stromnetz bezogen wird – nicht nur davon, wie viel Strom insgesamt verbraucht wird (kWh). Hintergrund sind das Elektrizitätswirtschaftsgesetz (ElWG) und die entsprechenden Verordnungen.
Für landwirtschaftliche Betriebe kann das vor allem dann teuer werden, wenn mehrere leistungsstarke Geräte – Melkanlage, Kühlung, Heutrocknung, Fütterung und Laden eines E-Autos – gleichzeitig laufen. Entscheidend ist die höchste durchschnittliche Leistung innerhalb eines 15-Minuten-Intervalls. Kurze Lastspitzen können künftig überproportional ins Gewicht fallen und damit die Netzkosten deutlich erhöhen. Die Betriebe werden daher zunehmend gefordert sein, Verbraucher zeitlich zu staffeln und Lastspitzen zu vermeiden. Auch die bisher vergünstigten „unterbrechbaren“ Tarife stehen unter Druck. Diese Modelle sollen bis 2030 schrittweise auslaufen. Damit fällt für manche Betriebe eine bisher wichtige Möglichkeit weg, Netz- bzw. Energiekosten zu reduzieren.



Die Notstromfunktion einer PV-Anlage ermöglicht es, bei Stromausfall ausgewählte Verbraucher über einen Batteriespeicher oder direkt über die PV-Module autark zu versorgen.



Bei der Auswahl des Batteriespeichers sollte der Fokus auf die Software und die maximale Leistungsbereitstellung gelegt werden.

UBV Studienreise nach Südfrankreich

Montag, 22. März – bis Samstag, 27. März 2027

Programm

1. Tag – Montag, 22. März 2027
- Abflug ab Wien um 12:35 Uhr
- Direktflug nach Nizza mit Ankunft um 14:20 Uhr
- Geführte Stadtbesichtigung von Nizza
- Nächtigung im Raum Nizza

2. Tag – Dienstag, 23. März 2027
- Frühstück im Hotel
- Fahrt in die Parfumstadt Grasse und Besichtigung einer Parfumfabrik
- Weiterfahrt nach Aix-en-Provence
- Besichtigung eines Olivenölbetriebes inkl. Verkostung
- Nächtigung im Raum Aix-en-Provence

3. Tag – Mittwoch, 24. März 2027
- Frühstück im Hotel
- Fahrt in den Naturpark der Camargue
- Besuch einer Stier- und Pferdezucht in der Camargue
- Kurzer Zwischenstopp in Saintes-Maries-de-la-Mer
- Besuch der Salinen von Aigues-Mortes
- Nächtigung im Raum Nîmes

4. Tag – Donnerstag, 25. März 2027
- Frühstück im Hotel
- Geführte Stadtbesichtigung in Avignon
- Besuch eines Weinbaubetriebes inkl. Verkostung in Châteuneuf-du-Pape
- Nächtigung im Raum Nîmes

5. Tag – Freitag, 26. März 2027
- Frühstück im Hotel
- Fahrt nach Lyon
- Besuch der Markthalle „Paul Bocuse“
- Geführte Stadtbesichtigung in Lyon
- Freie Zeit zur Verfügung und Nächtigung in Lyon

6. Tag – Samstag, 27. März 2027
- Frühstück im Hotel
- Freie Zeit zur Verfügung in Lyon bis zum Flughafentransfer
- Rückflug ab Lyon um 12:35 Uhr
- Direktflug nach Wien mit Ankunft um 14:30 Uhr

Programmänderungen vorbehalten.





Preis ab 20 Teilnehmer

Pauschalpreis pro Person	1.995 Euro
Flughafentaxen (vorbehaltlich)	155 Euro
Gesamt	**2.150 Euro**

Einzelzimmerzuschlag 320 Euro

Leistungen:
- Linienflug von Wien nach Nizza und retour ab Lyon mit 20 kg Freigepäck
- Transfer mit Bus laut Programm
- 5 x Nächtigung in guten Mittelklassehotels, Halbpension
- Gebühren aller touristischen und landwirtschaftlichen Besichtigungen
- Deutsch-/Französische Reisebegleitung

Anmeldeschluss: 15. Oktober 2026
Anmeldung und weitere Infos unter
office@ubv.at oder 0650 2624245

Nicht katastrophal?

…noch könne man die Lage bewältigen! Minus 14 Cent netto bei Milch. Minus 20 Prozent beim Stier. Einen Schweinefleischpreis, der aus dem „Tal-Zyklus“ nicht mehr herauskommen will und einen im dritten Jahr in Folge defizitär wirtschaftenden Ackerbau als „noch nicht katastrophal“ zu bezeichnen, ist in Anbetracht derart gestiegener Produktionskosten dreist! Es ist höchste Zeit, die Gehälter, Bezüge und Entschädigungen der führenden Kammermitarbeiter um mindestens 20 Prozent zu kürzen und die Entwicklung dieser, zukünftig an die Einkommensentwicklung in der Landwirtschaft zu koppeln. Wie mir scheint, braucht es die persönliche Betroffenheit, das Gefühl, mit uns in einem Boot zu sitzen, um sich wirklich mit Überzeugung für unsere Interessen einzusetzen! Doch anstatt dessen, versucht man nun die Bäuerinnen und Bauern auch noch in „Rechts“ und „Links“ zu spalten, ganz nach dem Motto „Divide et impera“ (Teile und herrsche!). Ihr wollt Veränderung, dann müsst ihr bei den nächsten Landwirtschaftskammer-Wahlen – Kärnten wählt am 25. Oktober 2026 und Oberösterreich 24. Jänner 2027 – Veränderung wählen!

LK-Rat Ing. Paul Pree



Offset-
& Digitaldruck

RehaDruck
sozialfair

Viktor-Franz-Straße 9 | A-8051 Graz | (0316) 68 52 55
rehadruck@rehadruck.at | www.rehadruck.at

Ihr Recht ist uns wichtig!

Betriebsfragen sind oft Rechtsfragen, und Recht haben und dann auch Recht bekommen sind zweierlei. Melden Sie sich bei uns, wir helfen weiter und vermitteln die richtigen Kontakte.

Weitere Infos unter **office@ubv.at** oder
WBV Wallner & Partner, 07435/54 121 22;
matthias.wallner@wbv.at

Ihre Zinsen sind zu hoch, Sie wollen umschulden? Hilfe bei Fixzinsen, Umschuldung, Leasing und Sanierung bietet

Finanzmanagement

Mag. Franz Keplinger, 4020 Linz, GISA 30823020
Tel: +43 677-6120 1934
Kredite privat und gewerblich

Österreichische Post AG
MZ 02Z030371 M
Johann Großpötzl, Grub 8, 4771 Sigharting

Impressum und Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz

Herausgeber und Medieninhaber: Österreichischer Unabhängiger Bauernverband, Grub 8, 4771 Sigharting, 0664/2540898, office@ubv.at, www.ubv.at

Bundesobmann und Landesobmann OÖ: ÖR Karl Keplinger, Piberstein 11, 4184 Helfenberg; Landesobmann STMK: Rudolf Gutjahr, Sölsnitz 7, 8643 Kindberg; Landesobmann NÖ, B & W: Herbert Hochwallner, Dobratal 20,3352 St. Peter/Au; Landesobmann SBG: Josef Tiefenbacher, Mittersiller Straße 6, 5722 Niedernsill; Landesobmann Tirol: Alfred Enthofer, Hof 27, 6261 Strass; Für den Inhalt verantwortlich sind die Obmänner des jeweiligen Landesverbandes. Organisationsreferent: ÖR Johann Großpötzl, Grub 8, 4771 Sigharting. Sekretariat und Redaktion: 0650/2624245, office@ubv.at; Blattlinie: Mitglieder- und Interessenteninformation. Hersteller/Druck: RehaDruck, 8051 Graz. Fotos, falls nicht anders angegeben: UBV. Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht der Meinung der Redaktion entsprechen; für den Inhalt haften allein die Autoren.

Retouren bitte an:
Johann Großpötzl, Grub 8, 4771 Sigharting